

Normalisierung. Ohne die Verbindungen vorher wäre es kaum gelungen, innerhalb nur weniger Monate in den meisten Ländern die Episkopate fast vollständig zu komplettieren. Und auch mit der *Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen* mit den meisten Ostländern, jetzt auch mit Rumänien, nachdem es kurz vorher noch einige Reibereien wegen der neuen Bischofs-ernennungen gegeben hatte (vgl. HK, April 1990, 193), wäre es nicht so schnell und reibungslos gegangen, wie es sich in den letzten Wochen und Monaten abgespielt hat, wäre die vatikanische Diplomatie nicht schon vorher an vielen Orten im Gespräch gewesen.

Und was das unterschiedliche ostpolitische Temperament Pauls VI. und Johannes Pauls II. betrifft: Der Vorrang des hierarchischen Prinzips bzw. der Sicherung der kirchlichen Hierarchie vor dem bzw. für das örtliche kirchliche Leben war für beide Päpste gleich maßgebend, da ging es nicht einmal um Nuancen. Wenn Paul VI. etwa bei der Durchsetzung von Bischofskandidaten sich gegenüber kommunistischen Führungen gelegentlich kompromißbereiter zeigte als sein Nachfolger, dann hatte dies wohl auch damit zu tun, daß Paul VI. kaum auf kurzfristige Veränderung der Verhältnisse rechnen konnte, sondern in sehr langen Fristen denken mußte. Im übrigen verkörperte Kardinalstaatssekretär *Casaroli* stets ostpolitische Kontinuität.

Aber Frucht des Bemühens oder glückliche Fügung: Ist die vatikanische Ostpolitik nun tatsächlich „am Ziel“? Nur bedingt. Die Situation ist keineswegs einheitlich, der Prozeß der Befreiung ist unterschiedlich fortgeschritten; in den asiatischen Staaten kommunistischer Herrschaft hat er erst kaum noch begonnen. In *China* sind die romtreuen, nicht der sog. Patriotischen Vereinigung zuzurechnenden Katholiken seit der Niederschlagung der Studentenrevolution sogar wieder besonderen Repressalien ausgesetzt, und auch in Teilen Osteuropas hat sich keineswegs alles schon für alle zum Guten gewendet. Von „*Unierten*“ in *Rumänien* ist zu hören, für sie habe sich trotz der veränderten Ver-

hältnisse noch so gut wie nichts geändert. Fast überall warten kirchliche Instanzen noch auf die Rückgabe ehemaligen Kirchenbesitzes, im Falle der einst verbotenen resp. zwangsothodoxierten orientalischen Katholiken auf die Rückgabe von Kirchengebäuden und anderen einst ihnen gehörigen Einrichtungen. Von Fall zu Fall scheinen sogar Bischöfe Mühe zu haben, kirchliche Immobilien, die einst Orden gehörten, aber nach dem Verbot der Orden in diözesane Regie übergegangen waren, den sich neu organisierenden Orden zurückzugeben. Aus Ungarn ist solches zu hören.

Und wo Vermittlung und Stützung in solchen Streitfragen nicht mehr gebraucht wird, wird sich die vatikanische Diplomatie anderen, nicht weniger schwierigen, aber oft sehr viel politischeren Aufgaben zuwenden müssen. In der Ukraine z. B. jetzt schon, um eine einigermaßen friedliche Herauslösung der dortigen „*Unierten*“ aus der orthodoxen Gemeinschaft mit zu gewährleisten (vgl. HK, Januar 1990, 12 ff.). Und sehr viel wird sich künftige vatikanische Ostpolitik mit den brisanten *Verschrankungen von Konfession und Nationalität* in der auseinanderstrebenden Union der Sowjetrepubliken und auch anderswo zu beschäftigen haben. Siehe Litauen! Sondernuntius *Colasuonno* und seine Mitstreiter werden also noch lange viel zu tun haben. se

Neuanfang

Russische Orthodoxe Kirche nach dem Tod von Patriarch Pimen

Patriarch Pimen von Moskau und ganz Rußland, der am 3. Mai im Alter von 79 Jahren starb, war der vierte Inhaber dieses höchsten Amtes in der Russischen Orthodoxen Kirche seit der Wiedereinführung des Patriarchats im Jahr 1917. Als er 1971 vom Landeskonzil zum Nachfolger von Patriarch Aleksij gewählt wurde, dessen Stellvertreter er seit 1963 war (vgl.

HK, Juli 1971, 310 ff.), herrschte in der Sowjetunion Leonid Breschnew, unterlag die Kirche, durch die große Verfolgungswelle unter Chruschtschow geschwächt, umfassender und rigider staatlicher Kontrolle und war in ihren Wirkungsmöglichkeiten auf ein Minimum eingeschränkt. Die letzten Amtsjahre Pimens waren durch die Auswirkungen der Gorbatschowschen Umgestaltung des politischen Systems für die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion bestimmt: Der Patriarch traf am 29. April 1988 mit *Michail Gorbatschow* zusammen, und seine Kirche konnte kurz danach mit erheblichem Aufwand und großer staatlicher Hilfestellung die Tausendjahrfeier der Christianisierung der Kiewer Rus begehen (vgl. HK, Juli 1988, 320 ff.). Schon damals war Pimen – für jeden Beobachter der Millenniumsfeiern unübersehbar – ein körperlich schwer angeschlagener Mann.

Der berüchtigte „*Furov-Bericht*“ von 1975 über die „*kirchlichen Kader und die Maßnahmen zur Einschränkung ihrer Tätigkeit im Rahmen des Gesetzes*“ (es handelte sich dabei um einen Rechenschaftsbericht des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates für religiöse Angelegenheiten, *Vasilij Furov*, für das Zentralkomitee der KPdSU) stufte Patriarch Pimen in die Gruppe der dem System gegenüber problemlos loyalen Bischöfe ein. Tatsächlich hielt sich Pimen immer widerstandslos an den engen Rahmen, dem ihn die staatliche Kirchenpolitik ließ: Er machte sich zum beredten Befürworter der sowjetischen „*Friedenspolitik*“, ließ in öffentlichen Äußerungen keinerlei kritische Distanz zum System erkennen und schenkte der innerkirchlichen Opposition mit ihrer Kritik am Anpassungskurs und der nach außen betriebenen Beschwichtigungsstrategie der russischen Orthodoxie kein Gehör.

Als dann unter Michail Gorbatschow deutlichere Anzeichen für eine Neubewertung der Bedeutung der orthodoxen Kirche für die russische Tradition und die Förderung der gesellschaftlichen und individuellen Moral erkennbar wurde, zog der Patriarch mit anerkennenden Worten zu Glasnost

und Perestroika nach. Bei der Feier des Millenniums in Moskau sagte Pimen, die Pflicht der Kirchenmitglieder gegenüber ihrem sozialistischen Vaterland bestehe heute darin, „daß sie alles ihnen Mögliche zur Förderung der Perestroika in unserer Gesellschaft und zu ihrer Erneuerung gemäß den Prinzipien von Glasnost tun“. Bei der Begegnung mit Gorbatschow bekundete er diesem als „dem Architekten der Umgestaltung und Herold des neuen politischen Denkens“ volle Unterstützung.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Haltung der orthodoxen Kirchenführung in der Amtszeit von Pimen ist eine der Herausforderungen, die auf den Nachfolger warten. Er wird vom Landeskonzil der Russischen Orthodoxen Kirche gewählt, das vom 6. bis 10. Juni zusammenkommt. Auch sonst wird dem neuen Patriarchen einiges abverlangt werden: Nach Jahrzehnten der erzwungenen, aber dadurch auch zur Gewohnheit gewordenen Beschränkung auf Gottesdienst und Sakramentspendung fällt es der orthodoxen Kirche vielfach schwer, sich auf die *neuen Wirkungsmöglichkeiten* (etwa im karitativen Sektor, in den Medien und teilweise auch in der Schule) einzustellen. Die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetunion berühren auch die Orthodoxie mit ihrem prononcierten Selbstverständnis als Hüterin des russischen Erbes. Nicht zuletzt angesichts massiver antisemitischer und nationalrussisch-chauvinistischer Strömungen muß sie sich neu über den eigenen kirchlichen und gesellschaftlichen Auftrag Rechenschaft geben.

Der neue Patriarch wird sich nicht zuletzt um den Unruheherd Westukraine kümmern müssen. Durch die Teillegalisierung der griechisch-katholischen Kirche (vgl. HK, Januar 1990, 12 ff.) gehen dort der Russischen Orthodoxen Kirche Hunderte von Gemeinden und zahlreiche Priester verloren, die zur katholischen Kirche zurückgekehrt sind oder in absehbarer Zeit zurückkehren werden. Überdies gibt es in der Ukraine auch Bestrebungen zur Wiederbelebung der autokephalen ukrainisch-orthodoxen Kirche, die

nach der russischen Revolution in der kurzen Phase der politischen Selbständigkeit der Ukraine bestand. Ob es der Russischen Orthodoxen Kirche unter einem neuen Patriarchen von Moskau und ganz Rußland gelingt, hinderlichen Ballast aus ihrer jüngeren Vergangenheit loszuwerden und sich zu einer freien und ausstrahlungskräftigen Gemeinschaft zu entwickeln, hängt allerdings nur zum Teil von ihr selber ab. Jede Zuspitzung der krisenhaften Lage in der Sowjetunion könnte ihr neue Schwierigkeiten und Rückschläge bringen.

Elite-Pastoral?

Bischof Lehmann zu Fragen der Sakramentenpastoral

Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof *Karl Lehmann*, nahm Ende März einen diözesanen „Tag der Geistlichen“ zum Anlaß, um über ein Thema nachzudenken, das in den Pfarrgemeinden nicht nur seiner Diözese allenthalben zum Problem geworden ist: die Praxis der Sakramentspendung und -vorbereitung. Viele Seelsorger sind verunsichert: Die Zahl der Taufen bzw. der Kinder und Jugendlichen, die auf den Empfang der Ersten Kommunion, der Beichte und der Firmung vorbereitet werden sollen, stehen nach ihrer Einschätzung oftmals in keinem gesunden Verhältnis zur Zahl derjenigen, die diesen Wunsch – soweit sich dies „von außen“ beurteilen läßt – tatsächlich aus innerer Überzeugung äußern und weil ihnen dies ein wirkliches Bedürfnis als Glaubende wäre. Seelsorger und Gemeinden werden z. T. den Eindruck nicht los, als könnten sie – wenn sie sich nicht ernsthaft Gedanken machen über bestimmte Mindestvoraussetzungen für die Zulassung zu den Sakramenten – mehr und mehr dazu verurteilt sein, „Theater zu spielen“.

So verbreitet dieses ungute Gefühl über die Sakramentspendepraxis jedoch ist, schwierig wird es dann, wenn konkret gesagt werden soll, in welchen

Fällen man sich wie verhalten soll. Wie will man im Einzelfall ermesen, welche Qualität die Bitte um Zulassung bzw. Hinführung zu den Sakramenten hat? Wie leicht kann ein Zuviel an Zurückhaltung auch die letzte Verbindung zur Gemeinschaft der Glaubenden zerreißen lassen? Und wie steht es mit dem Glauben, daß ein unter welchen Umständen auch immer gespendetes Sakrament zu einem späteren Zeitpunkt und unter veränderten Bedingungen nicht vielleicht doch noch Gutes bewirkt?

Bischof Lehmann machte mit seinem Referat jedenfalls deutlich: Daß es verhängnisvoll wäre, würde man sich in dieser Lage mit einfachen Antworten zufriedengeben. Sosehr Lehmann eine Tendenz zur bloßen Anpassung an minimale und unzureichende Voraussetzungen beim Sakramentenempfang ablehnte, ja mehr noch, sogar als Ausdruck von „Schwäche“ bezeichnete, so zielte seine Analyse nicht in erster Linie auf solche Formen eines pastoralen *Laxismus*, sondern eher auf die entgegengesetzte Versuchung eines neuen *Rigorismus*. Er nannte Konzepte von Sakramentenpastoral fragwürdig, „die sich unbesehen und unkritisch mit einem Schrumpfungsprozeß begnügen oder ihn gar fördern, ganze Bevölkerungskreise abschreiben und sich auch noch guten Gewissens mit einem solchen Rückzug der Kirche aus einer umfassenden Verantwortung begnügen“. Der Versuch, die Würde des Sakraments durch eine unnachgiebige Haltung zu retten, laufe Gefahr, die verschiedenartige Situation und die individuelle Verschiedenheit der Menschen einer gesetzlich interpretierten Einheitsnorm zu opfern. Der Rigorismus sei versucht, um der Sicherheit willen die Voraussetzungen und Bedingungen des Sakramentenempfangs immer enger zu ziehen.

Als pastorale Zielvorgabe sprach sich der Mainzer Bischof dafür aus, überholte volkkirchliche Strukturen von Grund auf zu erneuern, ohne verengten Konzepten einer „Elite-Pastoral“ anzuhängen. Kirche will er vor allem als „*Weggemeinschaft*“ verstanden wissen – dies erlaubt es, daß der einzelne